Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 128. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Freitag, den 3. Juni 1927**

Bleibe im Lande ...

Auswanderung, Landflucht und Siedelung.

Die Meldung, daß Kanada bis auf weiteres Auswanderer nicht mehr hereinläßt, weil infolge der großen Nässe in der dortigen Landwirtschaft eine bedeutende Verminderung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingetreten sei, trifft zwar vor allem die Kreise der ländlichen Auswanderer, darüber hinaus aber wird die Gefahr einer Mißernte in Kanada und ihre Rückwirkung auch auf das dortige allgemeine wirtschaftliche Leben nicht ausbleiben. Kanada ist ja gerade immer als das Dorado für unsere Auswanderer aus den Kreisen der Landwirtschaft bezeichnet worden, hat übrigens immer Gewicht darauf gelegt, in der Landwirtschaft erfahrene Kräfte aus Europa an sich heranzuziehen. Leider stellen in Deutschland gerade die Agrarprovinzen, namentlich die Grenzmark, Schleswig-Holstein und Hannover, die meisten Auswanderungslustigen und stehen darin weit über dem preußischen Durchschnitt von 78 auf je 100 000 Einwohner. Brandenburg hingegen stellt auf 100 000 Einwohner nur 56 Auswanderer und selbst Berlin bleibt immer noch hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Weitaus die niedrigste Zahl hat Oberschlesien.

Erfreulicherweise ist gegenüber dem Jahre 1923, als in Deutschland die Inflation herrschte und der Besitz eines Dollars oder eines Pfund Sterlings fast wie ein Traum erschien, die Auswanderung sehr erheblich zurückgegangen; damals wanderten noch über 115 000 Personen aus, während rund 77 000 Deutsche im Jahre 1926 die Heimat verließen. Davon gingen 65 000 nach Übersee und von ihnen nahmen die Vereinigten Staaten mehr als 80 Prozent, also rund 50 000 Auswanderer auf. Die Auswanderung nach Kanada ist nicht sehr erheblich, steht immer noch zurück gegen die nach Brasilien und Argentinien, wo deutsche Landwirte und Facharbeiter immer noch gute Aussichten haben. Wer freilich ohne einige finanzielle Mittel dorthin kommt, wird es wohl schwerer haben, im Auslande sein Leben zu fristen, als in der Heimat, die er verlassen hat. Nur mit gewaltigem Fleiß, den unbedingte Gesundheit unterstützen muß, und auf einer wenn auch schmalen finanziellen Grundlage stehend ist ein Vorwärtskommen möglich. Immerhin ist die Auswanderung, wenn sie 1926 auch erheblich zurückgegangen ist, doch noch über dreimal so groß als im letzten Vorkriegsjahr.

Besonders bedenklich daran ist aber die Abwanderung von Landwirten. Und diese bedenkliche Erscheinung wird noch ernster, wenn man erwägt, daß das Landvolk für die Lebenskraft unseres Gesamtvolkes von entscheidender Bedeutung ist. Nur ein paar Zahlen: für die 15 Jahre von 1910 bis 1925 ergibt sich für das Land ein durchschnittlicher Geburtenüberschuß von mindestens 15 %, für die Städte aber nur ein solcher von 4 %: und in Berlin ergab sich in dieser Zeit sogar eine natürliche Abnahme der Bevölkerung in Höhe von 1,3 %. Und in den Großstädten ist seitdem jener Hundertsatz noch gefallen, in Berlin die natürliche Abnahme gestiegen. In jenen 15 Jahren sind mindestens drei Millionen Menschen vom Lande in die Städte gewandert und das bedeutet dort eine Blutauffrischung, die bevölkerungspolitisch von entscheidender Bedeutung ist.

So ist es um jeden Bauern, um jeden Landarbeiter schade, der das Land verläßt, gleichgültig, ob er in die Städte abwandert oder gar ins Ausland geht, wo er doch — bei dem Mangel an einer deutschen Kolonie — nur zum Kulturdünger wird. Namentlich die 50 000, die nach Amerika auswandern, sind spätestens in der dritten Generation dem deutschen Volkstum verloren.

Darum ist die viel zu langsam vorwärtsgehende Siedlung, die Schaffung von Stellen für die jüngeren Bauernsöhne und für Landarbeiter, eine nicht ernst genug zu nehmende Aufgabe. Leider wird aber darüber mehr geredet als darin getan. Nicht etwa, daß es an Land fehlt, aber leider reizt die Stadt, vielfach auch das Ausland noch immer viel zu sehr zur Ab- und Auswanderung. Freilich bedeutet die Zahl der Hunderttausende von Arbeitslosen in den Städten doch eine gewisse Warnung gegen leichtfertige Abwanderung dorthin, bedeutet auch die von uns obenerwähnte Meldung eine Mahnung, nicht ins Blaue hinein nach Übersee zu gehen. Die 1200 Deutschen, die durchschnittlich jedes Jahr nach Kanada abgewandert sind, unterlagen dabei einer sehr eifrig getriebenen Auswanderungspropaganda: ob ihr Schicksal jetzt aber gesichert ist, dürfte sehr zweifelhaft sein. Im Interesse unseres Volkstums sollte daher weniger von Siedlung gesprochen als möglichst viel dafür getan werden.

Aufwertungsansprüche aus Lebensversicherungen.

Rentenzahlungen und Vorschußleistungen

Im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat eine Besprechung mit den für die Lebensversicherungsgesellschaften ernannten Treuhändern stattgefunden. Als einmütige Auffassung der Versammlung wurde festgestellt, daß Zahlungen auf laufende Renten, wie sie sich aus einer vorsichtig geschätzten Aufwertungsquote bei den einzelnen Gesellschaften ergeben, allgemein wieder aufgenommen werden sollen, und daß Anträgen auf Vorschußleistungen für fällige Ansprüche bei der Kapitalversicherung ebenfalls grundsätzlich entsprochen werden soll. Ob dies bei der einzelnen Gesellschaft durch Barzahlung, durch Hingabe von Mobilisierungspfandbriefen oder durch eine dem Berechtigten zu erteilende Bescheinigung des Treuhänders über die voraussichtliche Höhe des Aufwertungsanspruchs geschehen kann, wird sich nach den Verhältnissen der einzelnen Gesellschaften, insbesondere der für diese bestehenden Möglichkeit, selbst liquide Mittel zu beschaffen, sowie auch nach der Zusammensetzung und dem Umfange des Aufwertungsstocks richten müssen.

Gegen die Herausgabe von Bescheinigungen in der Form eigentlicher Inhaberpapiere wurden erhebliche praktische und rechtliche Bedenken geltend gemacht, dagegen wurden die erwähnten nachrichtlichen Bescheinigungen nach schon gesammelten Erfahrungen als brauchbare Unterlagen für die Kreditgewährung bei Privatpersonen und öffentlichen oder privaten Geldinstituten bezeichnet. Nach dem Gesamtergebnis der Aussprache kann erwartet werden, daß bei fällig gewordenen Aufwertungsansprüchen den Anträgen der Versicherten auf einem der genannten Wege entsprochen werden kann.

Die Regierungsumbildung in Sachsen gescheitert.

Dresden, 2. Juni. Am Donnerstag vormittag fanden im Ständehaus zunächst Sitzungen der Fraktionen statt. Darauf trat eine interfraktionelle Sitzung zusammen, an die sich gegen 2 Uhr wieder Fraktionsbesprechungen und an diese die zweite interfraktionelle Sitzung anschlossen. In letzterer wurde dann folgendes Ergebnis der Verhandlungen bekanntgegeben:

Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen haben zu keiner Einigung geführt, da die Deutschnationalen ihre Forderungen über das am 11. Januar d. J. Vereinbarte hinaus erweiterten. Infolgedessen werden die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokratische Partei ihre Minister veranlassen, den Herrn Ministerpräsidenten um ihre Entlassung zu bitten.

Am 11. Januar ist folgend eErklärung vereinbart worden: Nachdem uns die Zusage gegeben worden ist,

1. daß der Deutschnationalen Volkspartei ein Ministersitz bis 1. Juli 1927 eingeräumt wird,
2. daß die Frage der Verminderung der Ministersitze in der gleichen Frist zur Zufriedenheit der Deutschnationalen Fraktion geregelt wird,
3. das im Fall einer Nichterfüllung einer dieser Zusagen das Kabinett zurücktreten wird,
4. daß die jetzige Besetzung der Ministerien als vorläufige gilt, soweit sie nicht unter deutschnationaler Mitberatung als endgültige bestätigt wird,

erklären wir uns bereit, für die Wahl des Herrn Heldt zu stimmen.

Die Erklärung ist unterzeichnet von den Deutschnationalen durch Abg. Siegert, ihr Einverständnis gab die Deutsche Volkspartei durch Abg. Dr. Blüher und Röllig, die Wirtschaftspartei durch Abg. Kaiser, die Demokratische Partei durch Abg. Dr. Seyfert, die Volksrechts- und Aufwertungspartei durch Abg. Dr. von Fumetti und die Nationalsozialisten durch Abg. von Mücke.

Es bestand bei der Unterzeichnung der Vereinbarung die volle Übereinstimmung unter den beteiligten Parteien, wie verabredet, der Deutschnationalen Volkspartei einen Ministersitz einzuräumen. Auf die unter Punkt 2 der Erklärung erörterte Verminderung der Ministersitze wurde von keiner Seite mehr ein besonderer Wert gelegt. Jetzt beanspruchten die Deutschnationalen für sich zwei Ministerien und zwar außer dem Wirtschaftsministerium das Ministerium des Innern. Auf dieser Basis war jedoch eine Einigung zwischen den beteiligten Parteien nicht zu erzielen.

Die Forderungen der Deutschnationalen.

Wie der den Deutschnationalen nahestehende Sächsische Zeitungsdienst berichtet, lauteten die Forderungen der Deutschnationalen: Abbau der Ministerien von sieben auf fünf, und davon das Ministerium des Innern an den Vertrauensmann der Deutschnationalen. Sei der Abbau nicht zu erreichen, sollten also mehr Ministerien bleiben, so müsse die Partei zwei Ministerien verlangen, sei aber bereit, diese jederzeit in ein Ministerium zusammenzulegen.

Die Koalitionsparteien hielten zwei Ministersitze unter sieben für die Deutschnationalen nicht für diskutierbar. Die Frage der Verringerung der Ministerien wollten sie vertagt haben, bis das von den Deutschnationalen geforderte Gutachten des Rechnungshofes über die Vereinfachung der Verwaltung vorliege. Der Standpunkt der deutschnationalen Vertreter ist nach unseren Informationen folgender:

Man müsse die Frage so ansehen, wie wenn am 11. Januar dieses Jahres eine Regierungsbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Deutschnationalen stattgefunden hätte. Waren sieben Ministerien durch fünf Parteien zu besetzen, so konnte man nach dem Standpunkt des Wahlergebnisses nur zu dem Ergebnis kommen, daß jede Partei einen und die beiden stärksten Parteien zwei Sitze erhielten. Hätte man sich auf fünf Ministerien geeinigt, so hätte jede Partei mit Zustimmung der Deutschnationalen einen Minister bekommen, obwohl diese Partei dreimal stärker ist als zum Beispiel die Demokraten oder die Altsozialisten. Jede andere Lösung bedeute eine verschiedene Bewertung der hinter den Abgeordneten stehenden Wähler. Würden sich die Deutschnationalen, wie man ihnen nahezulegen versuchte, damit begnügt haben, mit einem Ministersitz vorlieb zu nehmen, während eine schwächere Partei deren zwei behielt, so hätte sie dulden müssen, daß man ihren Wählern und Vertrauensmännern geringeren Wert und geringere Bedeutung zugemessen und nachgejagt hätte. Wenn wir in Sachsen Ruhe und Ordnung haben wollen, so muß die Regierung nach dem obersten Gesichtspunkt der Gerechtigkeit geführt werden. Damit muß man aber bei der Regierungsbildung beginnen und jeder Partei den Einfluß einräumen, auf den sie als die Vertreterin ihrer Wähler im Lande Anspruch erheben muß.

Erregte Debatte über das Zündholzmonopol in der französischen Kammer.

Paris. In der Kammer kam es heute bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Umgestaltung des Zündholzmonopols in ein Aktienunternehmen mit Beteiligung des Staates und der schwedischen Gesellschaft Svenska zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident Poincaré, der die Vorlage vertritt, und dem Generalberichterstatter des Finanzausschusses, Abgeordneten Chappedelaine, der behauptete, es handle sich letzten Endes um die Schaffung einer privaten Gesellschaft, die dem Auslande ausgeliefert werde. Die von der schwedischen Gesellschaft angebotenen 80 Millionen Dollar hätte man auch durch eine innere Anleihe aufbringen können. Poincaré gab zu, daß einige Mitglieder des Kabinetts in dieser Frage eine andere Auffassung hätten als er. Sie hätten ihn jedoch ermächtigt, die Vorlage zu verteidigen, und zwar, weil sie es für das Werk der Finanzsanierung als notwendig erachteten, die Einigkeit der Regierung zu bewahren. Er sei aber nicht ermächtigt, die Vertrauensfrage zu stellen. Als Chappedelaine in seiner Kritik fortfuhr und erklärte, daß die Svenska durchaus nicht das Zündholzmonopol in Europa besitze, wie sie behaupte, sondern daß sogar Rußland den Französischen Staat beliefere, entstand großer Lärm. Es kam zu minutenlangen lauten Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links, so daß der Generalberichterstatter das Rednerpult verließ. Auch Poincaré konnte sich kein Gehör verschaffen. Schließlich wurde die Weiterberatung auf Freitag vormittag vertagt.

Noch keine Erleichterungen in der Pfalz.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten.

Im Bayerischen Landtag erklärte bei der allgemeinen Aussprache zum Haushalt des Außenministeriums Ministerpräsident Dr. Held, daß der Pfalz leider noch immer nicht die Freiheit wiedergegeben sei, die sie für ihre wirtschaftliche und staatspolitische Entwicklung brauche. Man sei nach dem Vertrage von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund der festen Überzeugung gewesen, daß wenigstens eine fühlbare Erleichterung der Besetzung für die Pfalz und das Rheinland eintreten werde; aber bis heute seien die praktischen Konsequenzen aus dem Locarnovertrage noch nicht gezogen worden.

Der Ministerpräsident wies dann darauf hin, daß die Verhältnisse in der Pfalz in den letzten Zeiten eine Entwicklung genommen hätten, die befürchten lasse, daß wieder Dinge eintreten, wie sie in den letzten Jahren zu beklagen gewesen seien. Die gegenwärtigen Zustände seien unerträglich und sie könnten nur beseitigt werden durch die Zurückziehung oder mindestens doch starke Verminderung der Besatzung. Auch die Wirtschaft in der Pfalz leide nach wie vor unter den Besatzungsverhältnissen, aber die Pfälzer Bevölkerung könne überzeugt sein, daß Bayern alles tun werde, was zur Linderung ihrer Not getan werden könne.

Der Minister kam sodann auf die Auseinandersetzung über finanzwirtschaftliche Fragen zu sprechen und betonte in diesem Zusammenhang, daß es sich hierbei um das entscheidende Problem handele, ob Deutschland in Zukunft ein Einheitsstaat werden oder ein Bundesstaat bleiben soll.

Chamberlain über den Konflikt mit Aegypten.

Hoffnung auf Verständigung.

Im Englischen Unterhause gab der Staatssekretär des Auswärtigen, Chamberlain, eine Erklärung über den englisch-ägyptischen Konflikt ab. Es sei, sagte er, schon seit längerer Zeit das Ziel gewisser Politiker Ägyptens, die derzeitige Kopfstärke des Heeres zu vergrößern und es in eine politische Waffe zu verwandeln, die einer